

Digitalknast öffnen:

Mehr Sichtbarkeit für alle im Netz - JETZT!

Schluss mit „Link in Bio“!

Wer auf Facebook, TikTok und Instagram einen Link zu einem Angebot außerhalb der Plattform postet, der wird sofort bestraft: mit weniger Reichweite, weniger Sichtbarkeit, weniger Publikum. Manche Plattformen (z. B. Instagram) verbieten solche Links in Beiträgen gleich vollständig (und erlauben nur „Link in Bio“).

Um unsere Aufmerksamkeit ganz an sich zu fesseln, hat Big Tech seine Plattformen in digitale Gefängnisse verwandelt. Die Bundesländer haben jetzt die Chance, uns daraus zu befreien: Im Entwurf des Digitalen Medienstaatsvertrags planen sie immerhin, die Benachteiligung bestimmter Inhalte zu verbieten. Doch das geht nicht weit genug.

Wir fordern: Outlinkfreiheit für alle!

Worum geht's?

Stell dir vor, du erzählst deinen Freundinnen von einem tollen Buch, einem Verein, einem Blog – und plötzlich verbietet Dir jemand das Wort. Genau das passiert gerade im Netz: **Facebook, Instagram, TikTok und andere Plattformen benachteiligen Inhalte, die per Link auf Angebote außerhalb der Plattform verweisen – sogenannte „Outlinks“.** Entweder lassen sich solche Links gar nicht setzen (etwa in Instagram-Posts). Oder der Algorithmus straft uns ab und zeigt Posts nur noch selten an, wenn sie auf die eigene Website, den Podcast, die Bürgerinnen-Initiative oder den Kulturverein verlinken. Das bedeutet: Keine Reichweite, keine Klicks – und ein Post erreicht fast niemanden mehr!

Das ist kein Zufall, sondern Geschäftsmodell: Plattformen halten uns, unsere Gedanken und Inhalte bei sich gefangen. Jeder Klick, der weg von der Plattform führt, entzieht ihnen Daten und Aufmerksamkeit und generiert weniger Werbeeinnahmen. Deshalb unterdrücken Plattformen gezielt Links nach außen – und mit ihnen alle Menschen, die im Netz unabhängig sein wollen: Bloggerinnen, Kreative, kleine Unternehmen, Vereine, Bildungsträger, Initiativen und ganz normale Nutzerinnen.

Das beschädigt unsere Demokratie und unsere Meinungsvielfalt. Weil nur noch sichtbar ist, was innerhalb der Monopol-Plattformen passiert, ist das ehemals offene Internet zu einem Gefängnis geschrumpft. Links sind so etwas wie das Lebenselixier des Internets.

Jetzt werden die Bundesländer tätig – aber nur halbherzig: Die Rundfunkkommission der Länder verhandelt derzeit den Digitalen Medienstaatsvertrag. Der Entwurf des §94 verbietet immerhin erstmals großen Plattformen und Medienintermediären, journalistisch-redaktionelle Angebote durch die Benachteiligung von Verlinkungen zu diskriminieren. Das ist ein wichtiger erster Schritt – aber er reicht nicht.

Eine Tageszeitung dürfte nach diesem Entwurf zwar künftig unbenachteiligt verlinken. Die Bürgerinitiative um die Ecke, der Solo-Selbstständige mit seiner Website, der Verein, die Künstlerin, der Podcast ohne Redaktionssiegel – sie alle aber bleiben im Digitalknast gefangen.

Wir sagen: Ein freies Internet für wenige ist kein freies Internet. Alle sollen die Freiheit haben Inhalte zu verlinken, ohne dafür bestraft zu werden.

Deshalb fordern wir die Ministerpräsident*innen der Bundesländer und die Rundfunkkommission auf:

1

Plattformen müssen ihren Nutzern ermöglichen, auf allen Ebenen Outlinks zu setzen: in Texten, Bildern, Videos. Diese Links müssen direkt zu den angebotenen Inhalten außerhalb der Plattform führen, Plattformen dürfen Nutzer nicht im In-App-Browsern weiter gefangenhalten.

2

Die Outlink-Diskriminierung muss für alle Inhalte verboten werden: Das Nicht-Diskriminierungsgebot des § 94 Digitale Medienstaatsvertrag darf sich nicht nur auf journalistisch-redaktionelle Angebote beschränken, sondern muss auf alle Inhalte – Websites von Vereinen und Initiativen, Blogs, Podcasts, Kulturschaffende, kleine und mittlere Unternehmen, Bildung und Wissenschaft, private Nutzer*innen – erweitert werden.

3

Keine algorithmische Bestrafung von Links: Plattformen und Intermediäre mit großer Marktmacht dürfen Inhalte mit externen Links nicht mehr in Reichweite, Sichtbarkeit oder Auffindbarkeit benachteiligen – ohne Ausnahme und ohne Hintertürchen.

4

Wirksame Kontrolle durchsetzen: Die Einhaltung der Outlinkfreiheit muss wirksam überwacht und bei Verstößen konsequent sanktioniert werden – unabhängig davon, wer verlinkt. Das bedeutet auch einen unabhängigen, freien Zugang für Wissenschaft und Forschung, um die Wirkungsweise von Algorithmen transparent nachzuweisen.

**Das offene Internet
ist ein demokratisches Gut!**

Jede Stimme zählt – egal ob sie aus einer Redaktion, einem Atelier oder einem Wohnzimmer kommt. Zeichnet den Digitalen Medienstaatsvertrag nur mit voller Outlinkfreiheit für alle!